



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR FAMILIE,  
FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION  
UND VERBRAUCHERSCHUTZ

# MEHR FRAUEN IN DIE KOMMUNALPOLITIK

---

Über das Engagement der Landesregierung  
zur politischen Teilhabe von Frauen in der  
Kommunalpolitik

# INHALT

Einführung.....	3
Darstellung des politischen Mentoring als wirksames Instrument.....	4
Kurzdarstellung der politischen Mentoring-Programme.....	8
Darstellung des regionalen politischen Mentoring-Programms ab 2010	
Programminhalte.....	9
Programmschritte.....	10
Finanzieller Rahmen.....	12
Schlussfolgerung aus dem Evaluationsbericht in Zusammenschau mit dem Paritätsbericht der Landesregierung.....	12
(Handlungs-)Empfehlungen.....	14

## Einführung

Frauen sind in Deutschland je nach politischer Ebene unterschiedlich stark in parlamentarischen Gremien vertreten. Während der durchschnittliche Frauenanteil im Bundestag bei 36,5 Prozent liegt, beträgt er in den Länderparlamenten 32,6 Prozent. In den Kommunalparlamenten liegt er bei knapp 25 Prozent.

Der Frauenanteil in der Kommunalpolitik beträgt bundesweit demnach gerade einmal ein Viertel und damit viel zu wenig, um dem Gleichheitsgrundsatz der Geschlechter, der in Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes vorgegeben ist, gerecht zu werden. Danach muss der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirken.

Auch der Anteil der Frauen in den kommunalen Parlamenten in Rheinland-Pfalz ist im Vergleich zum Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung und in anderen Gremien nach wie vor sehr gering. Deshalb unterstützt und fördert die Landesregierung Rheinland-Pfalz seit Jahren politische Mentoring-

Programme, damit mehr Frauen in der Kommunalpolitik mitreden und mitbestimmen können.

Nach den Kommunalwahlen im Mai 2014 lag der Anteil an Frauen in den Räten und Kreistagen bei nur durchschnittlich 18,7 Prozent (Mandatsträgerinnen insgesamt) und konnte im Vergleich zu 2009 nur um 1,9 Prozentpunkte gesteigert werden. In den letzten zwanzig Jahren ist der Frauenanteil in den kommunalen Parlamenten zusammengenommen nur um 6 Prozentpunkte angestiegen. Regional und ratsbezogen sind allerdings erhebliche Unterschiede festzustellen. Dies zeigt auch der erste Paritätsbericht der Landesregierung vom 15.07.2015 (Drs. 16/5288).

Es ist aber notwendig, dass der Frauenanteil sich gleichmäßig in allen Gremien und Regionen verteilt. Darum setzte die Landesregierung seit 1995 auf eine gezielte Förderung in diesem Bereich, um Frauen zu unterstützen, die ein politisches Amt anstreben bzw. sich politisch engagieren wollen.

## Darstellung des politischen Mentoring als wirksames Instrument

### Was ist politisches Mentoring?

Aus zahlreichen Studien und Gesprächen wissen wir, dass Frauen gerade das unmittelbare Lernen von einer erfahrenen Politikerin in einer Mentoring-Beziehung für einen effektiven Weg erachten, um eine politische Position zu erreichen, in der sie etwas bewegen können.

Im Idealfall bedeutet dies, dass in einer Mentoring-Beziehung eine Nachwuchspolitikerin mit einer erfahrenen Politikerin nach einem individuellen Fahrplan zusammenarbeitet. Davon profitieren in der Regel beide:

Die **Mentee**, indem sie offen mit einer erfahrenen, kompetenten Person ihre (politische) Karriere planen kann. Im besten Fall lernt die Mentee im Mentoring ihre eigenen Kompetenzen und Schwächen klar zu erkennen. Die Mentorin unterstützt die Mentee, sich weiter zu entwickeln und leistet Beratungsarbeit.

Auch die **Mentorin** profitiert von dem Mentoring. Denn sie hat die einmalige Chance, politische Entwicklungen mit

einer Einsteigern zu reflektieren, die die Politik oft noch aus einer anderen Perspektive wahrnimmt. Dies kann beispielsweise bei der eigenen politischen Ideenfindung nützlich sein.

### Wie funktioniert eine Mentoring-Beziehung im Einzelnen?

Das erste Zusammentreffen zwischen Mentee und Mentorin entscheidet zunächst einmal, ob die „Chemie stimmt“ und sich beide eine längerfristige Zusammenarbeit vorstellen können. In einem ausführlichen Gespräch sollten dann die Struktur und Ausgestaltung der Mentoring-Beziehung geklärt werden.

Mit welchen **Erwartungen** kann die **Mentee** in das Mentoring gehen? Die Entwicklung einer Mentoring-Beziehung wird im Wesentlichen von den Erwartungen der Mentee bestimmt. Sie bestimmt, in welcher Art und in welchem Umfang sie als Mentee tätig werden möchte. Hierzu sollte die Mentee ihre Vorstellungen von ihrer persönlichen und politischen Entwicklung formulieren. Möchte sie ein kurzfristiges Ziel erreichen oder plant sie eine Parteikarriere? Was erhofft sie sich von der Mentoring-Beziehung? Und welche Hilfen erwartet sie von ihrer Mentorin?

Welche **Möglichkeiten hat die Mentorin?** Eine Mentorin sollte zu Beginn klarstellen, dass sie keinen direkten Einfluss auf die politische Karriere der Mentee ausüben kann. Aufgrund ihrer größeren Erfahrung übernimmt sie zwar in der Regel die Steuerungsfunktion innerhalb der Mentoring-Beziehung, kann aber grundsätzlich nur beratend zur Seite stehen. Deshalb ist es wichtig zu erläutern, was sie zum Erreichen der Ziele der Mentee beitragen kann und will. Hierzu gehört auch die Entscheidung, ob die Mentoring-Beziehung öffentlich stattfindet oder ob beide im „Verborgenen“ miteinander arbeiten.

Folgende Arten der Zusammenarbeit stehen beispielsweise zur Verfügung:

- Mitnahme der Mentee zu Sitzungen, Terminen
- Kennenlernen ihres Tagesablaufs
- Vermittlung von Kontakten
- Einführung in politische Netzwerke
- Hilfestellung bei der Aufarbeitung und Besprechung bestimmter Probleme aus dem politischen Alltag der Mentee
- Einbindung in ein laufendes Projekt

Grundsätzlich ist es hilfreich, **organisatorische Fragen** zu Beginn der

Mentoring-Beziehung zu klären und abzustimmen:

- Wie lange soll die Mentoring-Beziehung dauern?
- Wie oft finden Treffen statt (einmal pro Monat, öfter, nach Bedarf)?
- Wer ergreift die Initiative zu den Treffen?
- Wo finden die Treffen statt (neutraler Ort)?
- Wie oft und wann sind Telefonate möglich?
- Wo ist die Mentorin erreichbar (am Dienort, privat)?
- Besteht die Möglichkeit des E-Mail-Kontaktes?
- Gibt es Bereiche, die nicht angesprochen werden sollten?
- Soll die Zusammenarbeit dokumentiert werden?

### **Warum ist ein Mentoring-Programm überhaupt notwendig?**

Mit einem politischen Mentoring-Programm erfahren Frauen auf dem Weg in ein politisches Amt, wie wichtig es ist, verlässliche Netzwerke und kompetente Ansprechpersonen zu haben. Denn wer politisch weiterkommen will, muss „das Geschäft kennen“ und seine oft ungeschriebenen Gesetze. Wissen, Können und Wollen alleine reichen oft nicht aus!

Generell gilt, dass es zunehmend schwieriger wird, Menschen für ein politisches Ehrenamt zu gewinnen; insbesondere Frauen möchten sich meist zeitlich begrenzt und flexibel engagieren. Umso wichtiger ist es, Politikeinsteigerinnen für eine Kandidatur zu motivieren und zu unterstützen, damit sie sich gezielt auf ein

Amt oder Mandat vorbereiten können.

### Wo liegen die Möglichkeiten und Grenzen von Politik-Mentoring?

Am Beispiel des rheinland-pfälzischen Politik-Mentoring-Programms „Mit Mentoring vor Ort – Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!“ möchten wir dies einmal kurz betrachten:

## MIT MENTORING VOR ORT – MEHR FRAUEN IN DIE KOMMUNALPOLITIK

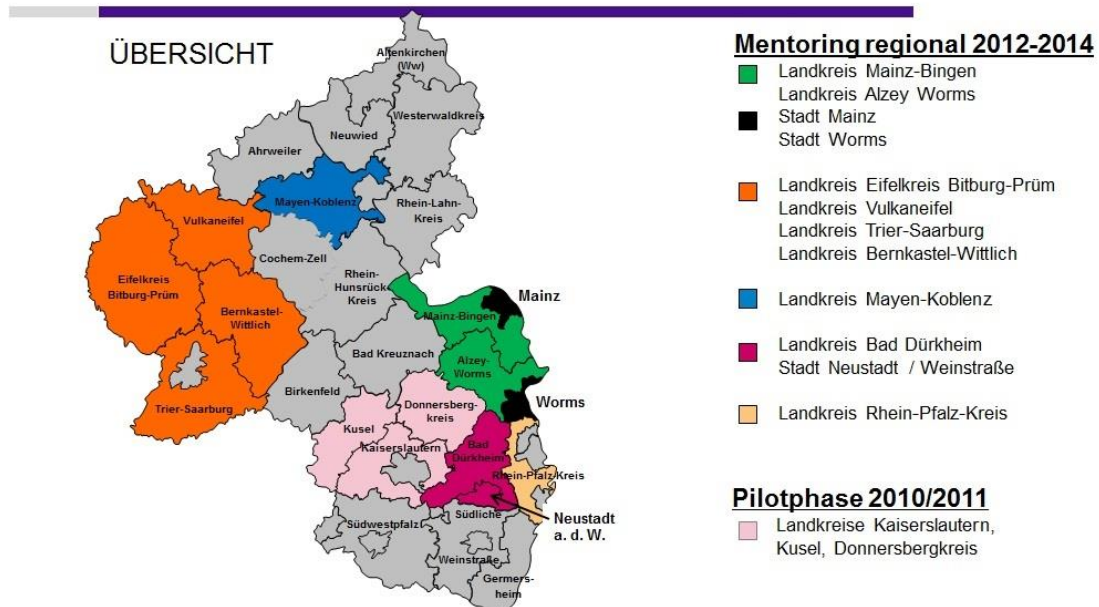
### Programmstruktur MENTORING



Das obige Schaubild zeigt, wie verflochten die Struktur des rheinland-pfälzischen Mentoring Programms „Mit Mentoring vor Ort – Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!“ ist. Das Programm wurde in Kooperation mit den kommunalen Frauen und Gleich-

stellungsbeauftragten umgesetzt; zunächst als Pilotprojekt in den Landkreisen Kaiserslautern, Kusel und im Donnersbergkreis, ab Ende 2011/Anfang 2012 in neun weiteren Landkreisen und drei kreisfreien Städten.

## MIT MENTORING VOR ORT – MEHR FRAUEN IN DIE KOMMUNALPOLITIK



### Primäres Ziel des rheinland-pfälzischen Mentoring-Programms

war es, den Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik zur Kommunalwahl 2014 zu erhöhen. Das bedeutete

- kommunalpolitisch Inaktive für die Kommunalpolitik zu aktivieren,
- politisch Interessierte über Wege in die Kommunalpolitik zu informieren,
- kommunalpolitisches Geschehen erfahrbar zu machen,
- politisch Interessierte auf dem Weg in die Kommunalpolitik zu unterstützen,
- Kompetenzen für die Aufnahme eines kommunalpolitischen Amtes zu stärken.

**Sekundär** sollte das Programm politisch Verantwortliche sensibilisieren und die Wählerinnen und Wähler über das Erfordernis für eine gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen in der (Kommunal-)Politik informieren.

Institutionelle Mentoring-Programme, wie etwa für Führungskräftenachwuchs in Unternehmen und in der Verwaltung oder für Studierende, richten sich an Zielgruppen, die nicht für jedermann zugänglich sind. Anders ist dies bei offenen Mentoring-Programmen. So kann sich beispielsweise im politischen Mentoring jede Frau bewerben. Dieser entscheidende Unterschied in der Zielgruppe macht die Planung und Organisation des politischen Mentoring aber

auch um einiges schwieriger, da es sich um keine heterogene Zielgruppe handelt. Gleichzeitig verfolgt das offene Mentoring eine andere Zielsetzung als etwa berufliche Mentoring-Programme. Deshalb ist eine noch größere Eigeninitiative der Mentees gefragt, da es keine gemeinsamen Strukturen gibt, auf die die Beteiligten zurückgreifen können. Auch die Verbindung von ehrenamtlichem Engagement, Berufs- und Privatleben stellt hohe Anforderungen an die Mentees und sollte im Vorfeld gut bedacht werden. Diese entscheidenden Unterschiede setzen auch die Grenzen für ein politisches Mentoring.

### **Kurzdarstellung der politischen Mentoring-Programme von 1995 bis 2010**

Die Landesregierung fördert seit 1995 Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramme für kommunalpolitisch interessierte Frauen.

1998 initiierte das Frauenministerium das Fortbildungskonzept „Anforderungen von Frauen an Planung und Politik“. Gemeinsam mit „Lokale Agenda“-Frauengruppen, den Landfrauen-

verbänden, hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten, Kommunalpolitikerinnen, der Kommunalakademie Rheinland-Pfalz, den Planungsgemeinschaften und Planungsverantwortlichen in den Verwaltungen wurden Veranstaltungen durchgeführt, um

- einerseits Frauen für kommunalpolitische Mandate zu interessieren und zu qualifizieren
- und gleichzeitig Fachwissen zu frauengerechter Stadt-, Gemeinde- und Regionalplanung zu vermitteln.

Daraus entwickelten sich regionale Netzwerke und überregionale Arbeitskreise mit Kommunalpolitikerinnen, an Politik interessierten und ehrenamtlich engagierten Frauen und kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Diese Arbeitskreise und Zusammenschlüsse (wie z. B. der „Arbeitskreis FIPP – Frauen in Planung und Politik“ der Landfrauen Rheinhessen und das „Frauennetzwerk FrauenMitPlan“ in den Landkreisen Rhein-Pfalz, Germersheim, Bad Dürkheim, Südliche Weinstraße und Speyer) führten mit Unterstützung und finanzieller Förderung des Frauenministeriums seit Ende der 1990er Jahre Qualifizie-



rungsseminare für kommunalpolitisch interessierte Frauen an.

Zur Kommunalwahl 1999 startete das Frauenministerium das bundesweit erste parteiübergreifende Mentoring-Projekt für Nachwuchspolitikerinnen „Mehr Frauen in die Politik. Politikerinnen fördern den weiblichen Nachwuchs“, der jeweils im Vorfeld der Kommunalwahlen 2004 und 2009 neu aufgelegt wurde.

Parallel zu den Mentoring-Programmen initiierte Frauenministerin Malu Dreyer 2008 die Bündniskampagne „FRAUEN machen Kommunen stark“ mit 23 Organisationen, Verbänden und Vereinen:

Für das Ziel, den Frauenanteil in den kommunalen Räten und Kreistagen zu steigern, warben – gemeinsam mit dem Frauenministerium - der Landesfrauenbeirat, der Landesfrauenrat, die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die Volkshochschulen, die Landfrauenverbände, der Landessportbund, die Landeszentrale für politische Bildung, der Deutsche Frauenring, Parteien, Gewerkschaften, die Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration, die Unter-

nehmerfrauen im Handwerk und die Kommunalen Spitzenverbände.

Insgesamt wurden von 1995 bis 2010 rd. 1.700 Veranstaltungen durchgeführt.

## Darstellung des regionalen politischen Mentoring-Programms ab 2010

### Programminhalte

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz verlagerte **erstmalig 2010** das **politische Mentoring-Programm** auf die **regionale Ebene**. Mit einem Pilotprojekt, an dem sich die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten der Landkreise Donnersbergkreis, Kaiserslautern und Kusel beteiligten und das im September 2011 beendet wurde, gelang es, das Mentoring-Programm „Mit Mentoring vor Ort – Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!“ erfolgreich zu initiieren.

Die Erfahrung aus dem Pilotprojekt zeigte, dass es viele politisch interessierte und hoch motivierte Frauen gab, die sich aktiv politisch beteiligen möchten. Deshalb wurde das **regionale politische Mentoring ausgeweitet**

und bis zur Kommunalwahl 2014 fortgeführt.

**Ab 2012** beteiligten sich die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in **neun weiteren Landkreisen** (Mainz-Bingen, Alzey-Worms, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Vulkaneifel, Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich, Mayen-Koblenz, Bad Dürkheim, Rhein-Pfalz-Kreis) und **drei kreisfreien Städten** (Neustadt an der Weinstraße, Worms, Mainz) an dem Programm.

Dem hohen Engagement der örtlichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten ist es mit zu verdanken, dass sich von 2010 bis zur Kommunalwahl 2014 insgesamt **117 politisch interessierte Frauen** für das Programm als **Mentees** und **90 Mentorinnen** und **ein Mentor** interessierten.

Mittels eines eigens eingerichteten **Lenkungsbeirates** steuerte das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen gemeinsam mit je einer Vertreterin der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die sich in fünf kooperierenden Regionen zusammen geschlossen hatten, strategisch das Programm. Unterstützt wurde der Lenkungsbeirat dabei von einer externen Projektkoordinatorin, die auch

die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte vor Ort bei der Umsetzung des Programms beriet.

Die **Programmphase ab 2012** wurde durch das Zentrum für Qualitätssicherung und –entwicklung (ZQ) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz **wissenschaftlich begleitet und evaluiert**, um die Qualität zu überprüfen und die einzelnen Ergebnisse mit den Programmzielen abgleichen zu können.

Noch in der Pilotphase wurde ein **Mentoring-Leitfaden** entwickelt, der auf den Erfahrungen daraus und den langjährigen Erfahrungen des Frauenministeriums im Bereich der politischen Partizipation von Frauen basierte. In der detaillierten Handreichung wurde die gesamte Programmplanung und Programmsteuerung beschrieben und bot den teilnehmenden Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten einen umfangreichen Werkzeugkoffer mit Vorlagen und Checklisten.

### **Programmschritte**

In **vorbereitenden Workshops** informierte das Frauenministerium die rheinland-pfälzischen Frauen- und

Gleichstellungsbeauftragten über das Programm.

Durch **gezielte Öffentlichkeitsarbeit** und vielen **persönlichen Gesprächen** der **örtlichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten** mit interessierten Frauen konnte das Programm regional bekannt gemacht werden. Intensiv begleitet und beworben wurde das Programm auf der Internetseite des Frauenministeriums.

Mit Unterstützung der externen Projektkoordinatorin und unter Berücksichtigung der Interessen der teilnehmenden Frauen (Partei, Wohnort etc.) wurden die Tandems (Mentee/ Mentorin, Mentor) vor Ort gebildet.

In der Durchführungsphase des Programms wurde insbesondere Wert auf ein **begleitendes Qualifizierungsprogramm für die Mentees** gelegt, das eigenverantwortlich von den örtlichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Abstimmung mit dem Lenkungsbeirat aufgelegt wurde. Als tragendes Element diente es dem Aufbau von kommunalpolitischem Wissen, der Vermittlung von Handlungsstrategien im politischen Umfeld, der Stärkung der Selbstkompetenz und der sozialen Kompetenzen.

Durch die Regionalisierung war es möglich, ganz individuell die örtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen und damit die Kompetenzen vor Ort zu nutzen.

Großen Wert legte das Frauenministerium, ebenso wie die örtlichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, auf die **Vernetzung** mit den Mentees. Neben zahlreichen örtlichen und regionalen Vernetzungsveranstaltungen bot das Frauenministerium zusätzlich drei überregionale und überparteiliche Netzwerkveranstaltungen für die an den Programmen Teilnehmenden an.

Ziel des **überregionalen Netzwerks** war es, den Mentees und Mentorinnen eine Plattform für eine partei- und ebenenübergreifende Diskussion mit erfahrenen (Kommunal-)Politikerinnen zu bieten, um so Einblicke über die Wege in die Kommunalpolitik zu ermöglichen. Im Fokus der Netzwerktreffen stand die Strategie für ein aktives Miteinander in den Kommunalparlamenten.

Im Vordergrund des Programms stand jedoch immer die **Tandembeziehung** von Mentee und Mentorin oder Mentor. Diese Beziehung war die Basis für die Durchführung des Programms.

Zum Abschluss des Programms führte jede Region individuell eine **Abschlussveranstaltung** mit den Mentees und Mentorinnen bzw. Mentoren durch. Die Teilnehmenden erhielten ein Teilnahmezertifikat.

### **Finanzieller Rahmen**

In den Haushaltsjahren 2014/2015 hat die Landesregierung jeweils 9.800 Euro zur Förderung der politischen und gesellschaftlichen Partizipation von Frauen im Landeshaushalt bereitgestellt.

In den Haushaltsjahren 2012/2013 veranschlagte die Landesregierung für Maßnahmen zur Förderung von Frauen in der Politik (politisches Mentoring) 12.000 Euro bzw. 17.000 Euro. Diese Mittel wurden vollständig verbraucht.

Zuvor wurden Maßnahmen zur politischen Partizipation von Frauen über die Fördermaßnahmen für Frauen im Ehrenamt finanziell unterstützt.

Nach unserer Kenntnis haben die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der teilnehmenden Kommunen eigene kommunale Mittel in erheblichem Umfang für die Durchführung

des politischen Mentoring-Programms eingesetzt.

Nach Beendigung des politischen Mentoring-Programms strebt die Landesregierung Rheinland-Pfalz weiterhin eine **Verbesserung der politischen Gremienbesetzung in den Kommunen** an. Sie wird deshalb auch künftig Maßnahmen und Initiativen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel fördern, die geeignet sind, den Anteil von Frauen in politischen Gremien mittel- und langfristig zu erhöhen.

### **Schlussfolgerungen aus dem Evaluationsbericht in Zusammenschau mit dem Paritätsbericht der Landesregierung**

Das parteiübergreifende politische Mentoring-Programm „Mit Mentoring vor Ort – Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!“ wurde in fünf Regionen erfolgreich durchgeführt. 2012 startete das Programm mit 93 Mentees – vorwiegend politische Neueinsteigerinnen. In der Regel wurde hier eine Zielgruppe akquiriert, die sich nach Kindererziehungszeiten die Übernahme eines politischen Ehrenamtes gut vorstellen konnte. Zudem wurden 75 Mentorinnen, die überwiegend

innerhalb der kommunalpolitischen Organe als Mandatsträgerinnen aktiv sind, für die Übernahme der Mentorinnen-tätigkeit gewonnen.

Die **Evaluation des Mentoring-Programms** zeigt, dass mit Blick auf die persönliche **Entwicklung der Mentees**, es vor allem gelungen ist, das **Selbstbewusstsein im Kontext politischen Agierens stärken zu können**. So tragen die gewonnenen Kompetenzen dazu bei, stärker, klarer und deutlicher für die eigene Person sowie die eigenen Anliegen einzutreten. Neue Aufgaben werden als Herausforderung gesehen und die Bereitschaft mehr Verantwortung zu übernehmen, ist gewachsen. Zu dieser Entwicklung mit beigetragen hat sicherlich der stärkere Einblick in kommunalpolitische Strukturen sowie das Kennenlernen des kommunalpolitischen Alltags. Dies mündet für einen hohen Anteil der Mentees darin, **in die Kommunalpolitik einzusteigen** sowie für nahezu jede zweite Mentee, nun **höhere kommunalpolitische Ambitionen als vor ihrer Programmteilnahme zu verfolgen**. Ein Teil konnte hier bereits die eigene Sichtbarkeit im politischen Umfeld erhöhen. Gleichzeitig konnte ein Viertel der Mentees für sich klären, dass die Kommunalpolitik nicht das rich-

tige ehrenamtliche Betätigungsfeld für sie sein wird.

Bei näherer Betrachtung des **Ersten Paritätsberichts** „Politische Teilhabe von Frauen und Männern bei den allgemeinen Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 in Rheinland-Pfalz“ vom 15.07.2015 (Drs. 16/5288) wird deutlich, dass landesweit zwar 27,4 % Frauen sich aufstellen ließen und in allen Parteien und Wählergruppen landesweit über 90 Prozent der angetretenen Frauen auch kandidierten, doch die aufgestellten Bewerberinnen von den Wählerinnen und Wählern nicht in dem gleichen Umfang wie die aufgestellten Bewerberinnen in die kommunalen Vertretungskörperschaften gewählt wurden. Der Anteil der gewählten Bewerberinnen bei der Verhältniswahl betrug nach der Kommunalwahl 2014 landesweit nur 21,3 %.

Die im Paritätsbericht erhobenen Daten zeigen auch, dass Frauen im Verfahren zur Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber durch die Wahlvorschlagsträger die gleichen Chancen wie Männer besitzen. Die wesentlichen Ursachen für die geringen Frauenanteile sind demnach in anderen Bereichen zu suchen und liegen wahrscheinlich zeitlich vor der

Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber.

Die vorgenannten Untersuchungsergebnisse lassen vermuten, dass politische Mentoring-Programme nicht den gleichen Regeln und Zielsetzungen folgen wie beispielsweise berufliche Mentoring-Programme. Wenn ein politisches Mentoring also andere Zielsetzungen verfolgt, müssen wir uns fragen, ob es nicht effizientere Prozesse und wirkungsvollere Strategien gibt, um den Anteil von Frauen in kommunalpolitischen Vertretungskörperschaften zu erhöhen.

### **(Handlungs-)Empfehlungen**

Sich auf die Rückschlüsse aus dem Evaluationsbericht des Zentrums für Qualitätssicherung und –entwicklung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und des Ersten Paritätsberichts stützend, empfiehlt das Frauenministerium, die Handlungsempfehlungen des Ersten Paritätsberichtes vom 15. Juli

2015, umzusetzen. Nur wenn die Gründe für die geringe Frauenbeteiligung in den Versammlungen zur Aufstellung der Listen der Parteien und Wählergruppen untersucht werden, können entsprechende Strategien entwickelt und Empfehlungen abgegeben werden.

Hilfreich wäre sicher auch die Umsetzung der Empfehlung des Paritätsberichtes, dass das Stimmverhalten der Wählerinnen und Wähler durch das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz analysiert wird, um die geschlechterrelevanten Auswirkungen und Veränderungen durch Kumulieren und Panaschieren differenziert betrachten zu können.

Unabhängig davon wird die Landesregierung auch künftig frauenpolitische Maßnahmen zur Steigerung des Anteils von Frauen in den kommunalen Vertretungskörperschaften durch Landeszuwendungen des Frauenministeriums finanziell unterstützen.

## Impressum

### Herausgeber:

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
des Landes Rheinland-Pfalz  
Kaiser-Friedrich-Straße 5a  
55116 Mainz  
[www.mffjiv.rlp.de](http://www.mffjiv.rlp.de)  
Tel. 06131 16-0

### Redaktion:

Brigitte van Essen, Gerlinde Schneider, Brigitte Blum-Kipphan, Aline Ohlmann

### Grafiken:

Eigene Grafiken

Stand: November 2016

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR FAMILIE,  
FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION  
UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Kaiser-Friedrich-Straße 5a

55116 Mainz

Poststelle@mffjiv.rlp.de

[www.mffjiv.rlp.de](http://www.mffjiv.rlp.de)